

Kein Platz für das palästinensische Volk? (II)

Geschichte und Perspektiven des Palästina-Konflikts

Von Norman Paech und Gerhard Stuby

Der erste Teil dieser Studie erschien in Heft 9/1982 der „Blätter“, S. 1097-1121. Er befaßte sich mit der Entstehungsgeschichte Israels und dem Schicksal des palästinensischen Volkes zwischen Exodus und Widerstand. Im nachfolgenden zweiten Teil werden abschließend die Entwicklung seit dem Oktoberkrieg 1973 und insbesondere die aktuelle Lage sowie die Perspektiven einer Lösung des Konflikts behandelt. D. Red.

III. Auf dem Weg zum Libanon-Krieg

1. Die durch den Oktober-Krieg von 1973 geschaffene Wende im Nahost-Konflikt

Der Oktober-Krieg von 1973 brachte einen tiefen Einschnitt in die Entwicklung des Palästina-Problems. Es ist hier nicht der Ort, Einzelheiten des Ausbruchs und des Verlaufs des Krieges nachzuzeichnen¹⁾. Die in vielen Darstellungen²⁾ im Vordergrund stehende Fragestellung, ob die arabischen Staaten durch die Auslösung der militärischen Auseinandersetzungen von ihrer Seite zum Aggressor geworden seien, scheint uns sekundär und zudem absurd zu sein. Niemand käme im privaten Bereich auf den Gedanken, jemanden, der sich gegen einen Einbrecher in seinem Haus zur Wehr setzt, des Hausfriedensbruchs zu bezichtigen³⁾.

Die verschiedenen Vorwürfe, denen sich die arabischen Nachbarn im Palästina-Konflikt ausgesetzt sehen, konzentrieren sich auf den Vorwurf der permanenten Aggression und Infragestellung des Existenzrechtes des Staates Israel, womit die Verantwortung für die verschiedenen Kriege und die ständige Expansion der israelischen Hoheitsmacht auf die Araber abgewälzt wird.

Bei der Prüfung der tatsächlichen Politik der arabischen Staaten sollte man sich allerdings über eine wesentliche Voraussetzung dieser Vorwürfe Rechenschaft geben. Es handelt sich, von ihren gesellschaftlichen und politischen Bedingungen her gesehen, um sehr verschiedene Regime. Unmittelbar nach ihrer Vertreibung sahen sich die Palästinenser mit der Herrschaft der Nationalbourgeoisien (Syrien bis 1963, Ägypten bis 1961, Libanon) einerseits und der Herrschaft feudal-patriarchalischer Dynastien (Ägypten bis 1952, Irak

1) Zu Ursache und Verlauf des Oktoberkrieges vgl. Wolfram Brönner, *Der Nahost-Konflikt und die Palästina-Frage*, Frankfurt/M. 1979, S. 164 ff.; Walter Hollstein, *Kein Frieden um Israel*, Bonn 1977, S. 278 ff.

2) Vgl. die Nachweise bei Hollstein, a.a.O. S. 278 ff.

3) Ähnlich der damalige französische Außenminister Jobert in „Le Monde“, v. 12. 10. 1973.

bis 1958, Jordanien und Saudi-Arabien) konfrontiert. Bis heute vollziehen sich in all diesen Ländern komplizierte gesellschaftliche Umwälzungen, die eine gemeinsame Politik gegenüber Israel nur in ganz herausgehobenen Momenten möglich machen. Auch ihr Verhalten gegenüber den im Widerstand gewachsenen Repräsentationsorganen des palästinensischen Volkes ist je nach Annäherung vor allem an die USA und je nach der Bereitschaft zur Komplizenschaft mit Israel ambivalent. Solange jedoch die PLO noch nicht als eigener politischer und vor allem militärischer Faktor effektiv wurde, waren sie objektiv der Träger des Widerstandes und Opfer israelischer Aggressionsakte.

Nur vom Standpunkt der zionistischen Zielsetzung, der Errichtung eines jüdischen Staats auf fremden Territorium, kann man gleichsam dem Opfer die Täterschaft zuschieben. Ist man mit diesem Faktum des „jüdischen Staats“ einverstanden, ist derjenige, der dagegen angeht, jederzeit der Aggressor⁵⁾. „Die arabischen Staaten betrachten Israel als ein koloniales Phänomen, das sich auf Kosten des palästinensischen Volkes breit gemacht hat. Dieses bleibt der einzige rechtmäßige Inhaber der Souveränität“⁶⁾. Auf diesen Standpunkt und die arabische Radikalität mit der oft haßerfüllten Propaganda, die in den extremsten Elementen die Ausrottung Israels forderte, stützt sich der Aggressionsvorwurf. In der politischen Praxis der arabischen Staaten läßt sich dieser Vorwurf allerdings kaum belegen. Abgesehen davon, daß sich die UNO-Nahost-Resolutionen und -Beschlüsse fast ausschließlich gegen die israelische Politik und nicht etwa gegen die der arabischen Länder richten, steht heute fest, daß von den drei großen Kriegen 1947-49, 1956 und 1967 zumindest die beiden letzteren eindeutig von Israel inszeniert und begonnen wurden⁷⁾. Der einzige von den Arabern eröffnete Krieg im Oktober 1973 ist wohl eher aus der Verweigerungspolitik Israels als aus einer Aggressivität der Araber zu erklären: „Wer wie Israel 6 Jahre lang arabisches Gebiet widerrechtlich besetzt hält, sich dieses Territorium anzueignen und seine Bewohner zu vertreiben sucht, sich allen internationalen Abmachungen widersetzt und jedwede Aufforderung zur politischen Mäßigung mißachtet, nur um die kolonialistische Politik der vollendeten Tatsachen fortzusetzen, darf sich nicht wundern, wenn der Verletzte eines Tages sich wehrt“⁸⁾.

Diese zunächst mit Zustimmung Großbritanniens und später mit Unterstützung der USA verfolgte Politik der vollendeten Tatsachen, strikter Mißachtung der nationalen Rechte der palästinensischen Araber und der UNO-Beschlüsse ist der Grund dafür, daß der Konflikt immer wieder militärische For-

4) S. Ibrahim, Zur Genesis des palästinensischen Widerstandes 1882-1972, in: „Blätter“, 5/1973, S. 1517 ff. (534 ff.).

5) Vgl. M. Riedmair, Souveränität über Jerusalem. Rechtliches und Zeitgeschichtliches zum politischen Problem, in: „Vereinte Nationen“ (VN), 6/1980, S. 195 ff. (197 f.).

6) Kolloquium arabischer Juristen über Palästina, Die Palästinafrage, Algier 22.-27. Juli 1967, S. 92.

7) Dies ist ein Ergebnis der Arbeit von M. Rodinson, Israel and the Arabs, London 1969; R. E. Rouleau u.a., Die dritte Schlacht – Israel und die Araber, Frankfurt/M. 1967; N. Weinstock, Le Sionisme contre Israel, Paris 1969.

8) W. Hollstein, Der Nahostkonflikt – ein historischer Abriss, in: Adnan Amad u. a., Nahostkrise, Basel 1967, S. 9 ff., 37; vgl. auch die Erklärung der Gruppe Isracá (Israelisches revolutionäres Aktionskomitee im Ausland), zitiert nach: „Was tun?“ (Frankfurt/M.), Nr. 46, 1973.

men annimmt. Die arabische Weigerung, Israel anzuerkennen, bezog sich immer auf einen derartigen auf Expansion und Vertreibung basierenden „jüdischen Staat“. Die führenden Kräfte der PLO um Jassir Arafat haben spätestens seit dem Oktoberkrieg von 1973 auch offiziell die Bildung eines „Neuen Staates Palästina, in dem Moslems, Juden und Christen gemeinsam und gleichberechtigt leben sollen“, propagiert und eingeräumt, „bis zur Erreichung dieses Ziels um die Jahrtausendwende herum als ersten Schritt auch eine Teillösung in Kauf zu nehmen, etwa die Gründung eines palästinensischen Staates in Ost-Palästina . . . kurz Westbank genannt“⁹⁾. Dieses Ziel hatte Al Fatah sowie fortschrittliche Kräfte in den arabischen Ländern und Israel schon lange zuvor formuliert¹⁰⁾.

Die Beseitigung Israels als Staat zugunsten eines neuen Staates Palästina mit gleichberechtigter Existenz aller Nationen ist also etwas anderes als die zionistische Propaganda von der geplanten Vernichtung der Juden. Israel hat jedoch bis auf den heutigen Tag jeden Plan eines gleichberechtigten Existenzrechtes von Juden und Palästinensern in einem gemeinsamen Staat abgelehnt. In den Worten Eric Rouleaus: „Israel wollte so, wie es war, anerkannt werden, mit der ganzen Beute der beiden Kriege, die es 1948 und 1956 errungen hat . . . Die Israelis sind es gewohnt, ihre Auffassungen gewaltsam durchzusetzen“¹¹⁾. Diese Feststellung hat sich leider bis in die Gegenwart bewahrt und entpuppt sich schließlich als der Kern der „Aggressivität“ der arabischen Nachbarn.

Verlauf und vor allem Ausgang des Krieges von 1973 signalisierten tiefgreifende Änderungen, die sich im gesamten Nahost-Raum vollzogen hatten. Es zeichneten sich Tendenzen ab, die u. U. zu einer Lösung des seit Jahrzehnten schwelenden Konfliktes hätten führen können. Der Patt auf dem Schlachtfeld relativierte den Alptrau der arabischen Machtlosigkeit. Die Israelis hatten hohe Verluste an Menschen und Material hinnehmen müssen¹²⁾. Die arabischen Armeen, insbesondere Ägyptens und Syriens, hatten bewiesen, daß sie moderne Waffensysteme, die sie größtenteils von der Sowjetunion erhalten hatten¹³⁾, handhaben konnten und der mit modernstem amerikanischem Gerät ausgerüsteten israelischen Armee nicht wie bisher, insbesondere im Juni-Krieg 1967, hilflos ausgeliefert waren. Dennoch hätte ihre militärische Kraft nicht ausgereicht, letztlich den Israelis so zu widerstehen, daß diese zum ersten Male seit 1956 militärisch besetztes arabisches Gebiet wieder räumen mußten. Es kamen vielmehr noch andere Faktoren hinzu.

Es war nicht nur gelungen, trotz aller nach wie vor bestehender Differenzen zwischen den arabischen Staaten die militärischen Aktionen zu vereinen,

9) Nabil Scha-at, Planungschef der PLO, vor deutschen Journalisten in Beirut, zit. nach epd ZA Nr. 26 vom 6. 2. 1975. Dies wurde im März 1977 vom palästinensischen Nationalrat bestätigt, vgl. Y. Harkabi, Das palästinensische Manifest und seine Bedeutung, Stuttgart 1980, S. 175 ff.

10) Al Fatah, La Révolution palestinienne et les Juifs, Paris 1970, S. 159. Vgl. auch das „Manifest der Organisation Socialiste Israelienne“ in N. Weinstock, Le Sionisme contre Israel, a.a.O., S. 568 ff.

11) E. Rouleau u. a., a.a.O., S. 4 u. 81.

12) Vgl. Brönnner, a.a.O., S. 170.

13) Brönnner, a.a.O., S. 172.

sondern auch die Ölwanne als neuen Machtfaktor im Nahost-Konflikt in Rechnung zu bringen. Nach entsprechender Abstimmung gaben die arabischen Länder die Verringerung der Erdölförderung bekannt und begannen diese zu verwirklichen. Die Reduzierung erreichte praktisch 30 % im Vergleich zum September 1973¹⁴⁾. Gleichzeitig wurde über die USA und die Niederlande wegen ihrer aktiven Unterstützung für Israel ein absoluter Boykott verhängt. In erster Linie waren von diesen Maßnahmen die westeuropäischen Länder betroffen, weniger die USA¹⁵⁾. Dort vollzog sich ein Wandel in der politischen Einstellung zum Nahost-Konflikt. Der Expansionismus Israels und die stets automatische Unterstützung der USA gerieten immer mehr ins Kreuzfeuer der westeuropäischen Kritik. Dies bewirkte wiederum eine Veränderung der amerikanischen Haltung, zumindest auf der verbalen Ebene.

Nicht außer acht gelassen werden dürfen die globalen Veränderungen der Kräfteverhältnisse, die im Gefolge der in den 60er Jahren erreichten militärstrategischen Parität zwischen USA und UdSSR entstanden. Insbesondere in Europa entwickelte sich die Politik der Entspannung mit bilateralen und multilateralen Vereinbarungen auf der Basis der Anerkennung der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten der beiden Gesellschaftssysteme¹⁶⁾.

All diese Faktoren bündelten sich in der Behandlung der Nahost-Frage durch die UNO. Erstmals in der Geschichte des arabisch-israelischen Konfliktes gelang es, den Beschluß des Sicherheitsrates über die Feuereinstellung unmittelbar mit dem Problem der Beseitigung der allgemeinen Ursachen des Konfliktes zu verbinden. Die am 22. Oktober 1973 angenommene Resolution 338 des Sicherheitsrates forderte sowohl die Feuereinstellung als auch die sofortige praktische Verwirklichung der Resolution 242. Der Entwurf dieser Resolution wurde von der UdSSR und den USA gemeinsam eingebracht¹⁷⁾. Die Resolution 338 sah vor allem vor, „daß sofort und gleichzeitig mit der Feuereinstellung die betroffenen Parteien Verhandlungen unter geeigneter Schirmherrschaft mit dem Ziel aufnehmen, einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten herzustellen“.

Entsprechend dieser Resolution kam es zur Einberufung der Friedenskonferenz zum Nahost-Problem in Genf am 21. Dezember 1973, an der fünf Staaten (USA, UdSSR, Ägypten, Jordanien und Israel) teilnahmen. Im Rahmen dieser Konferenz gelang es, unter der Schirmherrschaft der UNO nach verschiedenen Ausbruchsversuchen Israels, das immer wieder einen Waffenstillstand verzögerte und seine militärische Stellung zu verbessern suchte, Entflech-

14) Brönner, a.a.O., S. 179 f..

15) Vgl. A. Bator, Die Änderung des außenpolitischen Kurses der Carter-Regierung und die Verschärfung der Lage im Nahen und Mittleren Osten, in: „Deutsche Außenpolitik“ (Berlin/DDR), 6/1980, S. 78 ff..

16) Vgl. hierzu mit weiteren Nachweisen Gerhard Stuby, Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung, „Blätter“, 4/1980, S. 397 ff. und ders., Die Rolle der Bundesrepublik in der gegenwärtigen internationalen Krise, „Blätter“, 5/1980, S. 528 ff.

17) Vgl. hierzu Friedemann Büttner, Zwischen Nahost-Konflikt und Palästinafrage. Lösungsbemühungen der Vereinten Nationen im Spannungsfeld von Genfer Konferenz und Camp David, VN, 6/1980, S. 189 ff.; Text der Resolution 338 in: VN, 6/1973, S. 206..

tungsabkommen zwischen Israel auf der einen und Ägypten und Syrien auf der anderen Seite abzuschließen¹⁸⁾.

Diese Internationalisierung der Konflikte führen zur größten Isolierung Israels seit seiner Aufnahme in die Vereinten Nationen und zur bislang schärfsten Verurteilung seiner zionistischen Politik. Dennoch war sowohl in der Resolution 338 als auch in der Institutionalisierung der Genfer Konferenz ein Hauptmangel nicht zu übersehen. Nicht beteiligt war der Hauptbetroffene, das palästinensische Volk und sein legitimer Repräsentant die PLO. Das war um so erstaunlicher, als sich der palästinensische Widerstand, wie schon gezeigt, in organisierter Form längst herausgebildet hatte, und bei den gerade skizzierten Faktoren, die zu Veränderungen der politischen Szene im Nahost-Raum geführt hatten, die entscheidende Rolle spielt. In den folgenden Auseinandersetzungen sollten sich alle Argumentationen auf die Frage des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes, seines Inhaltes und seines Umfangs konzentrieren, als dem eigentliche Schlüsselproblem – und zwar im positiven wie im negativen Sinn.

Deutlich sind zwei Ebenen zu unterscheiden. Noch im Jahre 1974 gelang auf der UNO-Ebene – und zwar der Vollversammlung, die zu unterscheiden ist von der des Sicherheitsrates – mit den Resolutionen 3236 und 3327 auf der 29. Vollversammlung der Durchbruch. Nicht nur wurde dem palästinensischen Volk mit überwiegender Mehrheit das volle Selbstbestimmungsrecht einschließlich des Rechts, dies mit allen Mitteln durchzusetzen, zuerkannt. Vielmehr wird die PLO ausdrücklich als legitimer Repräsentant bezeichnet und ihre Beteiligung als Hauptpartei bei der Errichtung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten gefordert¹⁹⁾.

Anders stellen sich jedoch die Bezüge außerhalb der UNO-Vollversammlung dar. Dort, wo die USA die Macht haben, unmittelbar ihre Interessen durchzusetzen, im Sicherheitsrat durch ihr Vetorecht, im bilateralen und multilateralen Kontext, dessen Zusammensetzung sie bestimmen können, wie den der Genfer Nahost-Konferenz, blockieren sie in enger Verbindung mit Israel jede Anerkennung und Beteiligung irgendeiner Repräsentanz des palästinensischen Volkes, insbesondere der PLO. Ihre Linie ist ein Ausgleich mit denjenigen arabischen Staaten, die wegen ihrer feudal-konservativen Gesellschaftsverhältnisse kooperationsbereit mit den USA sind, auf Kosten des palästinensischen Volkes und unter Zurückdrängung der nationalfortschrittlichen arabischen Staaten²⁰⁾. Diese Konfliktlinie bestimmt bis heute die Auseinandersetzungen innerhalb der UNO. Das politische Problem für die Vollversammlung

18) Vgl. Hollstein, Kein Friede um Israel, a.a.O., S. 279 ff..

19) Vgl. Büttner, a.a.O., S. 191, Resolution 3236 (29) v. 22. 11. 1974, angenommen mit 89 gegen 8 Stimmen bei 37 Enthaltungen; Resolution 3327 (29) v. 22. 11. 1979, angenommen mit 97 gegen 17 Stimmen bei 19 Stimmenthaltungen. Vgl. auch Edith Oeser, Das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes und die Abkommen von Camp David, „Deutsche Außenpolitik“, 11/1980, S. 80 ff..

20) Der Wechsel der amerikanischen Politik von Konfrontation zu Kooperation mit den arabischen Staaten ist gut herausgearbeitet bei Walter Hollstein, Kein Frieden um Israel, a.a.O., S. 305 ff..

und die von ihr eingesetzten Ausschüsse²¹⁾ ist es in den vergangenen Jahren gewesen, mit immer drängenderen Appellen den Sicherheitsrat zum Handeln zu bewegen. Um der Blockierung des Sicherheitsrates durch das Vetorecht der USA etwas entgegenzusetzen, hatte die 34. Generalversammlung den Ausschuß für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes zu eigenen Vorschlägen ermächtigt, falls nicht der Sicherheitsrat bis zum 31. März 1980 die Empfehlungen behandelt bzw. Entscheidungen aufgrund der Empfehlungen gefällt haben würde. Aufgrund dieser Ermächtigung war nach dem Veto der USA vom 30. April 1980 die 7. Notstandssondertagung der Generalversammlung zur Palästina-Frage einberufen worden, die zwar mit breiter Zustimmung eine Resolution verabschiedete²²⁾, darüber hinaus aber in der Sache keine Fortschritte erzielen konnte. Ob die jüngsten Vorgänge im Libanon, insbesondere das Massaker in Westbeirut, einen Stimmungsumschwung herbeiführen werden, der so stark ist, daß die USA ihre Blockierungspolitik im Sicherheitsrat aufgeben müssen, wird die weitere Zukunft zeigen.

2. Camp David und die Folgen

Bei allen Veränderungen der amerikanischen Nahost-Politik von Nixon bis Carter kann man doch auch bei ihr auf einige Konstanten hinweisen, die William Fulbright 1973 als „unsere eigenen nationalen Interessen“ bezeichnete: die Kontrolle des sowjetischen Einflusses, die Unterstützung Israels, die Verbesserung der Beziehungen zu den arabischen Staaten, die Sicherung der Ölversorgung²³⁾. Eingefügt sind alle diese Ziele in den globalen Herrschaftsanspruch und das Bemühen um die Erhaltung des Status quo²⁴⁾.

Während Nixon diese Ziele noch vornehmlich mit Israel und dem Iran erreichen wollte, hatte Fulbright bereits die wichtige Rolle der arabischen Staaten erkannt, wie sie auch von der Brookings-Institution in Washington in zwei Berichten von 1973 und 1977 als wesentliches Element der Herrschaftssicherung und Einflußstabilisierung definiert wurde. Um die Position der USA zu stärken, müsse in der Region ein relativ stabiler Frieden auf der Basis einer Annäherung Israels und seiner arabischen Nachbarn – natürlich auf Kosten der radikalen Palästinenser – eingerichtet werden. „Jede neue Runde“ des Konflikts nütze dagegen der Sowjetunion, indem dadurch die amerikanischen Bemühungen unterminiert werden, gute Beziehungen zu den Arabern herzustellen“. Neben der UdSSR habe auch Israel ein Interesse, „die Region zwischen die Supermächte zu polarisieren – die erstere, um die sowjetischen Möglichkeiten zu verbessern, die Vereinigten Staaten völlig zu isolieren; die letztere, um die USA noch enger an israelische Interessen zu binden. Die Vereinigten Staaten müßte diese Polarisation vermeiden, wenn sie ihre Basis bei-

21) Wichtig sind vor allen Dingen der Ausschuß für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, wie der Sonderausschuß zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung der besetzten Gebiete beeinträchtigen. Vgl. zu den letzten Berichten VN, 4/1981, S. 129 ff..

22) Resolution ES/7/2 v. 29. 7. 1980, Text in: VN, 6/1980, S. 218 f.; vgl. ebd., S. 193 f..

23) U.S. Congressional Records, 21. 5. 1973, S/9446, vgl. „Middle East International“ (London), Juli 1973.

24) Vgl. Michael T. Klare, Jederzeit, überall, mit allen Waffen. in: „Blätter“, 5/1982, S. 531 f..

behalten wollen, Frieden und Entwicklung in der Region fördern zu helfen und die sowjetischen Anstrengungen einzudämmen“²⁵⁾).

Dementsprechend wurde die Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien, Kuwait und Jordanien intensiviert²⁶⁾, um insbesondere die PLO und die von ihr ausgehende revolutionäre Stoßkraft zu bekämpfen. In dieser Zielsetzung waren die USA bisher vor kaum einem Mittel zurückgeschreckt. So deckte Stephen S. Kaplan bereits 1973 auf, daß die USA die Syrer während des „Schwarzen Septembers“ 1970 durch die Androhung eines direkten militärischen Einsatzes gegen Damaskus davon abgehalten hatten, den Palästinensern gegen die jordanischen Beduinen-Truppen zu Hilfe zu kommen²⁷⁾.

Diese „Erweiterung“ der Nahost-Konzeption wurde von Carter insbesondere in Richtung Ägypten forciert, ohne aber das Sonderverhältnis zu Israel ernstlich anzutasten. Denn während er bei seinem Amtsantritt im Januar 1977 mit dem Versprechen einer „gerechten Lösung für das Problem der Palästinenser“ an die arabischen Staaten herantrat und dies einige Monate später mit der Forderung nach einer „palästinensischen Heimstätte“ (homeland), eigenständig oder „in einer Vereinigung mit Jordanien“, konkretisierte²⁸⁾ – nicht mehr und nicht weniger hat Präsident Reagan in seiner jüngsten Nahostinitiative“ gefordert –, verhinderte er im Februar 1977 eine Resolution des UN-Sicherheitsrats, in der der Vollzug der Resolution 242 und die Anerkennung der „unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, einschließlich des Rechts auf Rückkehr und des Rechts auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität in Palästina“ gefordert wurde.

In ihrem verbalen Erscheinungsbild war die Nahost-Politik Carters durchaus ambivalent, ja widersprüchlich, und nährte zumindest anfangs die Hoffnung auf einen globalen Lösungsansatz der Palästina-Frage im Rahmen der Genfer-Friedenskonferenz²⁹⁾. Denn er nahm den Faden dort wieder auf, wo ihn Präsident Ford im November 1974 in Wladiwostok mit Breschnew geknüpft hatte. In dem Kommuniqué waren die „legitimen Interessen aller Völker, einschließlich des palästinensischen Volkes“ angesprochen worden, und Außenminister Vance hatte drei Jahre später am 11. Oktober 1974 mit Gromyko eine Nahost-Erklärung abgegeben, in der Verhandlungen im Rahmen der „Genfer Friedenskonferenz unter Beteiligung der Vertreter aller in den Konflikt verwickelten Parteien, darunter des palästinensischen Volkes, und eine rechtliche und vertragliche Verankerung der auf der Konferenz erzielten Be-

25) Vgl. Robert E. Hunter, U. S. Policy in the Middle East, in: Henry Owen (Hrsg.), The next phase in Foreign Policy, The Brookings Institution, Washington 1973, S. 70 ff., zit. nach W. Hollstein, a.a.O., S. 308, 369; The Brookings Report: Toward Peace in the Middle East, in „Events-News magazine on the Middle East“ (Beirut/London), 14/1977; vgl. auch W. Bröner a.a.O., S. 203 f..

26) N. Chomsky, Stratégie pétrolière ou politique de paix, in: „Le Monde Diplomatique“, April 1977.

27) Stephen S. Kaplan, United States Aid and Regime Maintenance in Jordan 1957-1973, in: „Public Policy“ (Washington), 2/1975, S. 214..

28) Vgl. R.D. Preisberg, Carters neue Nahost-Politik, in: Stiftung Deutsches Überseeinstitut, Mitteilungen, Hamburg, II. Quartal 1977, S. 11 ff., 19; F. Büttner, Zwischen Nahost-Konflikt und Palästina-Frage, VN, 6/1980, S. 189 ff., 192.

29) Vgl. etwa Abu Iyad, Heimat oder Tod, der Freiheitskampf der Palästinenser, Düsseldorf/Wien, 1979, S. 287.

schlüsse (als) der einzig richtige und wirksame Weg zur Erzielung einer grundlegenden Lösung aller Aspekte des Nahost-Problems in seiner Gesamtheit³⁰⁾ bezeichnet wird. Ja, Carter hatte sogar der PLO die Teilnahme in Aussicht gestellt, wenn sie die Resolution 242 von 1967 akzeptiere und das Existenzrecht Israels anerkenne. Soweit war noch keine US-Regierung den arabischen und palästinensischen Interessen entgegengekommen – allerdings war der Druck der UNO zur Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen sehr stark geworden³¹⁾. Von der Forderung nach einer Verhandlungslösung und Berücksichtigung aller Beteiligten einschließlich der Sowjetunion war die UNO nie abgewichen, sie hatte jeden Versuch eines Separatfriedens in richtiger Erkenntnis seiner Erfolglosigkeit für die Lösung des Palästina-Problems zurückgewiesen.

Genau dorthin steuerte jedoch die Carter-Administration³²⁾, was bereits mit der sogenannten Genfer Vorkonferenz in Kairo Mitte Dezember 1977 deutlich wurde, an der außer Israel, Ägypten und den USA nur ein UN-Beobachter teilnahm. Es ist nicht anzunehmen, daß sich die Akteure über die Konsequenzen dieses Vorgehens nicht im klaren gewesen sind. Begin hatte niemals Zweifel aufkommen lassen. Der Wechsel von Genf zu Camp David entsprach jedoch besser ihren Interessen, die weit über das Palästinenser-Problem hinausgehen. Die Sowjetunion mußte auf jeden Fall aus dieser nicht nur für die westliche Erdölversorgung, sondern auch für den Waren- und Kapitalexport immer wichtiger werdenden Region ferngehalten werden. Desgleichen mußte jeder Faktor ausgeschaltet werden, der von innen die Stabilität der reaktionären, dem Westen eng verbündeten Regime gefährden könnte. Dies galt der PLO, die beseitigt werden mußte, damit „die Palästinenser sich nicht in die Kubaner des Nahen Ostens verwandeln“³³⁾. Die Ölfelder des Nahen Ostens gehörten seit Nixon ebenso zur Kategorie der „vitalen Interessen“ wie Europa und Japan/Korea, und was als Nixon-Doktrin bekannt wurde, die Entlastung der eigenen Armee durch sogenannte „Stellvertreter-Polizei“ (Iran, Israel), galt auch noch unter Carter. Allerdings bahnte sich schon bei ihm ein Wechsel von der Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion zu einer stärkeren Konfrontation an, wozu die Annäherung an China einerseits und der „Verlust“ des Irans 1979 andererseits beigetragen haben.

Ägypten – seit seiner Reintegration in den Weltmarkt durch Sadat dem Bankrott näher als einer bescheidenen Subsistenz – sollte der erste Baustein dieser nahöstlichen Pax Americana sein. Nach den Plänen Brzezinskis sollte ein palästinensisch-jordanisches Arrangement mit Israel folgen, um sodann mit ei-

30) Zit. nach W. Brönnner, a.a.O., S. 206.

31) Am 9. 12. 1976 hatte die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit 122 gegen 2 Stimmen (USA, Israel) bei 8 Enthaltungen in ihrer Resolution Nr. 31/62 den Generalsekretär aufgefordert, bis spätestens März 1977 eine Friedenskonferenz unter dem Vorsitz von USA und UdSSR einzuberufen. Diese Aufforderung wurde von der Generalversammlung am 30. 11. 1977 in der Resolution 32/20 mit 102 gegen 4 Stimmen bei 29 Enthaltungen erneut beschlossen, diesmal mit der ausdrücklichen Erwähnung der PLO als notwendiger Teilnehmerin.

32) Brzezinski gab noch im Dezember 1977 zu, daß Genf niemals das Ziel der Regierung gewesen sei, „Palestine“, Beirut, 1/1978, S. 80.

33) „Newsweek“ v. 13. 2. 1978.

nem israelisch-syrischen Separatabkommen abgeschlossen zu werden³⁴⁾. Dieses um Saudi-Arabien, den Iran und die kleinen Öl-Scheichtümer erweiterte formlose Bündnissystem sollte ein ausreichendes Glacis gegen die „so-wjetische Bedrohung“ und die Front der anderen arabischen Länder zur Sicherung der ökonomischen und geostrategischen Interessen bilden.

Dem Aufbau dieses neuen Systems der Pax Americana, einer Politik, die auf ein Bündnis des Zionismus mit der arabischen Reaktion unter der Aegide der USA ausgerichtet ist, war ein erster Erfolg mit dem Abschluß des Vertragswerkes von Camp David beschieden. Am 9. November 1977 verkündete Präsident Sadat vor dem ägyptischen Parlament, daß er der ewigen Verfahrensdebatten in der UNO müde sei und an jeden Ort der Welt, selbst in die israelische Knesset gehen würde, um endlich Frieden im Nahen Osten einkehren zu lassen. Am Ende dieses Weges, den er allein mit US-Präsident Carter und dem im Mai 1977 neu gewählten Ministerpräsidenten Begin gegen die PLO und die Mehrheit der UNO ging, standen die Rahmenabkommen von Camp David vom 17. September 1978 und der ägyptisch-israelische Friedensvertrag vom 26. März 1979³⁵⁾, aber nicht der Frieden im Nahen Osten. Das war vorauszu-sehen, denn mit Begin, dem Verantwortlichen für das Massaker in Deir Yassin, dem sich 1980 der Verantwortliche für die Ermordung des UNO-Beauftragten Graf Bernadotte, Shamir, als Außenminister zugesellte, hatte die terroristische Vergangenheit der zionistischen Bewegung Israel wieder eingeholt und sollte in Zukunft ihre Kontinuitätslinie bis zu den entsetzlichen Massakern in Westbeirut fortsetzen.

In Camp David wurden zwei Dokumente angenommen. Das erste Dokument (Rahmen für einen Frieden im Nahen Osten) enthält die offizielle ägyptische Anerkennung der israelischen Annexionen des Westjordan-Ufers und des Gazastreifens sowie der syrischen Golanhöhen. Ein vollständiger Abzug der israelischen Okkupationstruppen war nicht vorgesehen, incidenter wurden sogar die israelischen Siedlungen, die zur Verdrängung der arabischen Bevölkerung errichtet worden waren, legitimiert. Das Jerusalemproblem war überhaupt nicht angesprochen. Vorgesehen war eine „Verwaltungsautonomie“ der arabischen Bevölkerung des Westjordan-Ufers und des Gazastreifens, eine Autonomie für die Bevölkerung, nicht für das Territorium, wie von israelischer Seite ausdrücklich betont wurde.

Das zweite Dokument (Rahmen für den Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel) sieht den Abzug der israelischen Truppen von der Sinai-Halbinsel vor sowie die Beseitigung der dortigen israelischen Siedlungen. In der Negev-Wüste sollen auf israelischem Territorium mit Unterstützung der USA zwei große Luftwaffenstützpunkte eingerichtet werden. Im Friedensvertrag vom 26. März 1979 wird das zweite Dokument von Camp David insofern präzisiert, als der Abzug der israelischen Truppen lediglich von

34) Vgl. W. Brönnner a.a.O., S. 208.

35) Es handelt sich dabei um insgesamt 13 Verträge, Annexe, Briefwechsel, Memoranden und Interpretationsvermerke. Text in: „Europa-Archiv“, Jg. 1979, S. D1235 ff.

der Sinai-Halbinsel als eine Erfüllung der Resolution 242 und 338 des UNO-Sicherheitsrates dargestellt wird³⁶⁾. Bekanntlich sehen diese Resolutionen den Abzug von *allen* im Ergebnis der Aggression von 1967 okkupierten Gebieten vor. In einer Anlage zum Vertrag verpflichten sich Ägypten und Israel – in Erfüllung der Vereinbarungen von Camp David – Verhandlungen aufzunehmen, um ein „Organ der Selbstverwaltung“ für die Palästinenser auf dem Westufer und im Gaza-Gebiet zu schaffen. Der politische Kern dieses Vertragskomplexes – und hierin besteht der amerikanisch-israelische Erfolg – ist in zwei Faktoren zu sehen. Zum ersten ist es gelungen, einen arabischen Staat – und zwar einen der wichtigsten – aus der Front gegenüber Israel, wie sie im Verteidigungspakt der arabischen Liga von 1950 zum Ausdruck gekommen ist – herauszubrechen und zu einem Separat-Friedensvertrag mit Israel unter der Aufsicht der USA – die Unterschrift des amerikanischen Präsidenten bringt dies sinnfällig zum Ausdruck – zu bewegen. Der andere, ebenso wichtige Gesichtspunkt ist die Behandlung des Palästinenser-Problems. Die gefährliche antiimperialistische Sprengkraft der Formel: Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes einschließlich eines Rechtes auf einen eigenen Staat, die nicht nur internationale Anerkennung gefunden, sondern zumindest verbal auch von der amerikanischen Administration im Genfer Rahmen akzeptiert worden war, wird zum Konzept der Autonomie, d. h. einer Selbstverwaltung unter Kontrolle der israelischen Behörden, entschärft³⁷⁾. Schon die Wahl des Begriffs Autonomie bzw. Selbstverwaltung, der dem verfassungsrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Instrumentarium des innerstaatlichen Rechtes entnommen ist³⁸⁾, und die Vermeidung der völkerrechtlichen Kategorie Selbstbestimmungsrecht, wie es für zwischenstaatliche Verträge angemessen wäre, zeigt überdeutlich, daß Israel in keiner Weise gewillt ist, den durch Annexion erlangten Herrschaftsanspruch über Territorium und Bevölkerung aufzugeben. Es erklärt sich lediglich zu Maßnahmen bereit, die es sich aus der Annexion folgenden Übertragungen israelischen Verfassungsrechtes auf die okkupierten Gebiete sowieso anmaßt.

Das Vertragswerk widerspricht dem Völkerrecht gerade wegen dieser beiden Erfolgspunkte der amerikanischen Politik. Insbesondere die völlige Negierung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes, denn die vertragliche Übernahme der Verpflichtung zur Einrichtung einer „Selbstverwaltung“ würde bei ihrer Verwirklichung ein völkerrechtliches Selbstbestimmungsrecht gerade ausschließen, nimmt ihm jede Gültigkeit. Die weitere Entwicklung sollte überdeutlich zeigen – vor allem, wenn man sie von dem Hintergrund der letzten mörderischen Geschehnisse in West-Beirut betrachtet, daß eine Verpflichtung entsprechend dem modernen Völkerrecht, insbesondere, wenn sie sich aus einer Basiskategorie des zwingenden Rechtes (*Jus Cogens*), wie es das Selbstbestimmungsrecht der Völker darstellt, ableitet,

36) Zu Israels Auslegung der Res. 242 vgl. Büttner a.a.O., S. 189.

37) Vgl. Büttner, a.a.O., S. 89; Edith Oeser, a.a.O., S. 80 ff.

38) Zur völkerrechtlichen Gültigkeit der Verträge von Camp David vgl. Monique Chemillier-Gendreau, Jean-Pierre Colin, in: AIJD, Les Accords de Camp-David, un défi au droit international, Paris 1980, S. 13 ff.

keinen leeren Titel darstellt. Wird es effektiv wahrgenommen, wie durch das palästinensische Volk, führt seine konstante Negation zum Genozid und unter den heutigen Konstellationen der internationalen Beziehungen zu einer ersten Gefährdung des Weltfriedens.

3. Die Durchsetzung des Konzepts von Camp David

Die ablehnende Reaktion der arabischen Länder auf den Abschluß der Verträge zwischen Israel und Ägypten war ziemlich einmütig. Schon auf der Konferenz von Bagdad im November 1978 nach Abschluß der Vereinbarungen von Camp David, jedoch noch vor Abschluß des Friedensvertrages vom März 1979, wurden die Vereinbarungen einmütig als Verletzung des Rechtes des palästinensischen Volkes und der arabischen Nation bezeichnet. Für den Fall des Abschlusses eines separaten Friedensvertrages wurden Sanktionen angekündigt, wie der später vollzogene Ausschluß Ägyptens aus der arabischen Liga. Nach dem Abschluß des Friedensvertrages im Herbst 1979 unterbrachen die meisten Mitglieder der Liga der arabischen Staaten (mit Ausnahme des Sudan, Oman und Somalia) die diplomatischen Beziehungen zu Ägypten. Später verurteilte der Sudan ebenfalls den Vertrag. Der Sitz der Liga wurde von Kairo nach Tunis verlegt. Ägypten wurde aus der OPEC ausgeschlossen und die viele Millionen ausmachende Wirtschaftshilfe seitens der erdölfördernden Staaten für Ägypten eingestellt. Einige gegen Ägypten auftretende Staaten bildeten eine „Front der Standhaftigkeit und des Widerstandes“ (Syrien, VDR Jemen, Libyen, Algerien, Irak und PLO).

Die Hoffnung der USA die mit Ägypten erzielten Separat-Abmachungen auch auf Staaten wie Jordanien und Saudi-Arabien auszudehnen, erfüllten sich also nicht.

Ebenso eindeutig war die ablehnende Haltung der meisten Staaten im UNO-Spektrum. Zwar hatte sich die UNO nach der spektakulären Initiative Sadats, dem Angebot einer Separat-Lösung vor der Knesset, zunächst abwartend verhalten. Aber schon die 33. Generalversammlung erklärte am 7. Dezember 1978 zur Palästina-Frage³⁹⁾, ohne die Camp David-Vereinbarung zu erwähnen, daß Abkommen zur Lösung des Palästina-Problems nur gültig seien, wenn sie sich im Rahmen der Vereinten Nationen und ihrer Charta sowie ihrer Resolutionen zur Palästina-Frage bewegten. Seit der Ablösung des amerikanischen UNO-Botschafters Andrew Young wegen seiner privaten Kontaktaufnahme mit dem PLO-Vertreter bei der UNO wird die Sprache der Generalversammlung und der von ihr eingesetzten Untersuchungsausschüsse schärfer. Die Generalversammlung bedauert, daß die Vereinbarungen von Camp David außerhalb des Rahmens der Vereinten Nationen und ohne Teilnahme der PLO abgeschlossen worden waren. Nachdrücklich wurden in mehreren Resolutionen „alle Teilvereinbarungen und Separat-Verträge (verurteilt), die eine flagrante Verletzung der Rechte des palästinensischen Volkes, der Prinzipien der Charta und der in den verschiedenen internationalen Foren verab-

39) Vgl. Büttner, a.a.O., S. 90 f..

schiedeten Resolutionen zur Palästina-Frage darstellen“⁴⁰). Nur durch den ständigen Einsatz des Vetorechts gelingt es den USA, den Sicherheitsrat mit seinen weitergehenden Möglichkeiten (insbesondere hinsichtlich von Sanktionen gegen Israel und Israel unterstützende Staaten) auszuschalten. Eine Neutralisierung im Sinne der Camp David-Vereinbarung, insbesondere die Ausschaltung der PLO, konnte also nicht erreicht werden.

Als im Januar 1979 der Schah gestürzt wurde, kam auch die bisher dominierende flexiblere Variante des amerikanischen Herrschaftsanspruchs, die der militärischen Gewalt nur begrenzte Erfolgchancen einräumte⁴¹), ins Wanken. Brzezinski, der ehemalige Verteidigungsminister James R. Schlesinger und Alexander Haig bereiteten die Kursänderung in der Carter-Administration vor, um die Schlagkraft in der Region des Indischen Ozeans und Persischen Golfs, dem „Krisenbogen“, zu erhöhen. Ihrer Ansicht nach war es gerade die militärische Zurückhaltung der Nach-Vietnam-Periode, die Krisen provozierte und die Fähigkeit der USA, ihre lebenswichtigen Interessen (Ölzufluß aus Nahost) zu sichern, unterminierte⁴²). Die amerikanische Führung ergriff 1979 eine ganze Reihe von Maßnahmen, um ihre militärische Präsenz im Nahen Osten zu verstärken. Der ägyptisch-israelische Vertrag bewirkte eine neue Runde des Wettrüstens in diesem Raum. Neben Ägypten blieb jedoch Israel der Hauptempfänger amerikanischer Militärhilfe⁴³). Zu den Aktionen der USA zum Ausbau ihrer militärischen Präsenz in diesem Raum gehören auch die Versuche, Rechte zur Schaffung von Militärbasen in Israel, Ägypten, Sudan und Oman zu erwerben und den bedeutenden Stützpunkt der Luft- und Seestreitkräfte der USA auf der Insel Diego Garcia zu erweitern⁴⁴). In diesem Zusammenhang müssen auch die militärischen Konzentrationsmaßnahmen im Persischen Golf gesehen werden. Dem gleichen Zweck dient die amerikanische „Eingreiftruppe“, die ihrem Wesen nach ein „Feuerwehrkommando“ für den Fall ist, daß „unvorhergesehene“ und „den amerikanischen Interessen zuwiderlaufende Ereignisse“ in der Region eintreten.

Der Aufbau der Schnellen Eingreiftruppe noch durch Carter, die Rücksenkung für Israels Litani-Feldzug und die Rückkehr zur Option der Militärintervention konnten ihm allerdings nicht mehr die nächsten Wahlen sichern. Von Reagan erwarteten die wahlbeherrschenden Kreise in den USA nicht ohne

40) Resolution 34/65 B v. 29. 11. 1979, angenommen mit 75 gegen 33 Stimmen bei 37 Enthaltungen.

41) Hauptvertreter dieser Variante war Stanley Hoffmann von der Harvard-Universität. Vgl. S. Hoffmann, *Sicherheit in einer Periode der Spannungen: Reaktionsmodelle*, in: *Dritte-Welt-Konflikte und internationale Sicherheit*, Bonn 1981, S. 48 ff..

42) Vgl. Brzezinski on Foreign Policy, Interview in: „U.S. News and World Report“ v. 16. 4. 1979, S. 49; *The Decline of U.S. Power*, in: „Business Week“ v. 12. 3. 1979, nach M. T. Klare, *Jederzeit, überall, mit allen Waffen ... a.a.O.*; J. R. Schlesinger, *Die internationalen Auswirkungen der Dritte-Welt-Krise: Eine Betrachtung aus amerikanischer Sicht* in: *Dritte-Welt-Konflikte und internationale Sicherheit a.a.O.*, S. 14 ff.

43) Nach einer offiziellen Statistik entfallen 48 % der von den USA an andere Länder gewährten Kredite für militärische Zwecke auf Israel, das gleichzeitig 97 % aller nichtrückzahlbaren Kredite erhielt. Vgl. *Jahrbuch Internationale Politik und Wirtschaft* (herausgegeben von Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und Institut für Internationale Beziehungen an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR) 1980, S. 171.

44) Die Militarisierung des Nahostraumes muß in engem Zusammenhang mit der Militarisierung des Indischen Ozeans gesehen werden.

Grund eine überzeugendere Wiedergeburt des „rise to globalism“. Diese Erwartung hat Reagan bisher kaum enttäuscht, seine Rüstungs- und Außenpolitik lassen die Entspannungspolitik der 70er Jahre bewußt vergessen und knüpfen an die Doktrinen der Eisenhower-Zeit wieder an. Diese bestehen sowohl in dem Anspruch, alle regionalen Konflikte in dem globalen Rahmen der nationalen Interessen der USA zu sehen und notfalls die Stabilität der Weltordnung mit eigenen Mitteln ohne Verbündete zu verteidigen, wie auch in der Verschärfung der Konfrontation mit erhöhter Kampfbereitschaft der US-Truppen an allen Krisenpunkten der Erde ohne allzu skrupulöse nukleare Selbstbeschränkung. Damit hat auch das alte Ziel der Etablierung einer Weltordnung ohne Sowjetunion und Kommunismus wieder seinen vorrangigen Stellenwert gefunden⁴⁵⁾.

4. Die Wende zu Aggression und Genozid im Libanon

Mit den Vereinbarungen von Camp David und dem Separat-Friedensvertrag hatte Israel zumindest ein Ziel erreicht: Die Westfront war militärisch entlastet. Die eigentlich angestrebten politischen Ziele, eine langfristige Nahost-Regelung im Sinne der Pax Americana, in der Israel in Kooperation mit Ägypten und anderen mehr oder weniger US-hörigen arabischen Staaten die Gendarmenfunktion zugewiesen war, waren jedoch hinsichtlich ihrer Verwirklichung kaum nähergerückt. Vor allem die Durchführung der Autonomielösung in den besetzten Gebieten erwies sich als immer schwieriger, ja undurchführbar. Die Besatzungspolitik der israelischen Behörden in den 1967 besetzten Gebieten ist schon in ihren Grundzügen beschrieben worden⁴⁶⁾. Die Kontinuitätslinie dieses Konzepts der Judaisierung arabischen Bodens kann bis in die Anfänge des politischen Zionismus verfolgt werden. Die diversen UNO-Ausschuß-Berichte, in diesem Fall auch Resolutionen des Sicherheitsrates⁴⁷⁾, haben insbesondere die Siedlungspolitik, verbunden mit der Vertreibung der angestammten arabischen Bevölkerung, detailliert und eingehend bis in die jüngste Zeit beschrieben. Zahlreiche nichtstaatliche Organisationen, hierunter insbesondere die internationale Vereinigung demokratischer Juristen, haben auf die flagranten Menschenrechtsverletzungen immer wieder hingewiesen⁴⁸⁾. Das entscheidende Faktum jedoch, von dem die Impulse für die Veränderung der gesamten Nahost-Konstellation ausgehen, ist der wachsende palästinensische Widerstand in den besetzten Gebieten, insbesondere seit 1973, ja sogar im israelischen Kernland. „Während noch nach

45) So erklärte Verteidigungsminister Weinberger am 13. Juli 1981 in einem Vortrag an der U.S. National Defense University, Washington: „Wir ermutigen langfristige politische und militärische Veränderungen im Inneren des sowjetischen Reiches, was die Konstruktion einer friedlicheren und sicheren Weltordnung erleichtern wird.“ Zit. nach M. T. Klare, *Le bras armé des Etats unis*, in: „Le Monde Diplomatique“, September 1982, S. 3.

46) Siehe Teil I in: „Blätter“, 9/1982, S. 1097 ff.

47) Vergleiche insbesondere VN, A/SPC/31/L 11, 13. 11. 1976 (Bericht des Sonderausschusses zur Untersuchung der israelischen Praktiken hinsichtlich der Menschenrechte der Bevölkerung in den besetzten Gebieten); die neuesten Berichte des Ausschusses für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes und des Sonderausschusses zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung in den besetzten Gebieten beeinträchtigen, siehe den Bericht in: VN, 4/1981, S. 129 ff..

48) Letzter Bericht der AIJD, *Mission dans les territoires occupés par Israël*, 22.-28. Mai 1982, Brüssel 1982.

dem Krieg von 1967 israelische Führungspolitiker die Ruhe und Vernunft der Palästinenser gelobt hatten, war dazu nach den militärischen Ereignissen von 1973 kein Grund mehr: Zum ersten Mal in der Geschichte Israels solidarisierten sich nicht nur die palästinensischen Bewohner der besetzten Gebiete, sondern auch die israelischen Araber offen mit den arabischen Armeen und vor allen Dingen mit den Zielen der PLO. Seither findet die Unruhe bei den Palästinensern unter israelischer Herrschaft in den okkupierten Territorien und im zionistischen Kernland kein Ende mehr⁴⁹⁾.

Die Identifikation der palästinensischen Bevölkerung mit den Zielen der PLO kam insbesondere in den Gemeindewahlen von 1976 zum Ausdruck⁵⁰⁾. Trotz aller Restriktionen des israelischen Wahlsystems und der massiven Beeinflussung dieser unter der Kontrolle der israelischen Armee vollzogenen Wahlen kamen doch in erster Linie solche Kandidaten durch, deren Sympathie für die PLO bekannt war. Alle Versuche der israelischen Behörden, mit den sog. Dorfligen Quisling-Verwaltungen einzusetzen, scheiterten⁵¹⁾. Mit der wachsenden Repression, die mehr oder weniger offen auf eine Terrorisierung zum Zwecke der Vertreibung abzielte, wurde immer intensiver der Plan entwickelt, übergreifend die PLO vernichtend zu schlagen. In den dem Likud-Block nahestehenden Publikationsorganen wurde offen unter Berufung auf die Bibel Propaganda für den Genozid betrieben⁵²⁾. Schön früh wurde der Kampf gegen die Palästinenser nicht nur auf die besetzten Gebiete beschränkt, sondern auf den Libanon ausgedehnt. Es ging also von Anfang an beim Camp-David-Komplex um eine kohärente Strategie, die vier Punkte umfaßte: Regelung der Autonomielösung in den besetzten Gebieten, Reduzierung der Macht der PLO im Süd-Libanon und im ganzen Land, notfalls durch einen militärischen Schlag bis in die Höhe von Beirut, Schwächung der syrischen Armee, Favorisierung der jordanischen Lösung (Jordanien als der „schon bestehende“ palästinensische Staat“). Der nicht mit den bislang angewandten Methoden der Besiedlung und Vertreibung zu unterdrückende palästinensische Widerstand ließ nur zwei Optionen offen: Die auf Genf verweisende demokratische Lösung der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes oder die Option für Aggression und Genozid, die Israel durch die Auslösung des Libanon-Krieges wählte. Als die palästinensische Widerstandsbewegung während der blutigen Kämpfe in Jordanien, die im Schwarzen September des Jahres 1970 gipfelten, ihre bedeutendsten militärischen Positionen verlor, wurden ihre Stützpunkte in den an Israel grenzenden Gebieten Libanons zu den wichtigsten. Die Anwesenheit palästinensischer Streitkräfte im Libanon wurde durch Abkommen zwischen der PLO und der

49) Hollstein, Kein Frieden um Israel, a.a.O., S. 332.

50) Vgl. zur Position der Arbeiterpartei das Interview von Peres in: „Le Monde“ v. 18. 8. 1982, wo Peres ausführt, daß er gegen die Unterdrückungspolitik in den besetzten Gebieten ist, obwohl in Wirklichkeit während der Regierung der Arbeiterpartei die gleiche Politik verfolgt wurde. Es handelt sich höchstens um eine taktische Variante.

51) Vgl. Amno Kapeliouk, Israel: Une stratégie radicale, in: „Le Monde Diplomatique“, Mai 1982, S. 13.

52) Vgl. Emmanuel Jarry, Sud-Liban: Le Face à Face, in: „Le Monde Diplomatique“, Mai 1982, S. 15.

Regierung Libanons von 1969 und 1973 geregelt⁵³⁾). Zum Verständnis der komplexen Verklammerung von internen und externen Faktoren der sozialen und politischen Entwicklung im Libanon, die insbesondere ab 1975 zu blutigen, bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen führten, müssen drei Widerspruchskomplexe unterschieden werden.

Der erste Widerspruch ist ein religiöser zwischen Christen und Mohammedanern, der eine gewisse Regulierung im verfassungsrechtlichen Konfessionalsystem gefunden hat. Dieses noch auf die französische Kolonialzeit zurückgehende System begünstigt die Christen, obwohl sie gegenüber der mohammedanischen Bevölkerung in der Minderheit sind.

Der zweite Widerspruch, den der religiöse nur verdeckt, ist ein sozialer. Der christliche Teil der Bevölkerung gehört hauptsächlich der wohlhabenden Schicht an: Großkaufleute, Bankiers, Besitzer von Betrieben und Kommissionsfirmen, dem städtischen Kleinbürgertum. Unter den Christen sind im Vergleich zu den Mohammedanern wenig Bauern und Arbeiter.

Der dritte Widerspruch entwickelte sich mit der Anwesenheit der palästinensischen Flüchtlinge. Hier war ein Potential, das die fortschrittlichen Kräfte im Lande, hauptsächlich dem mohammedanischen Teil der Bevölkerung zugehörig, stärkte⁵⁴⁾. Trotz der vertraglich abgesicherten Legalität des Aufenthaltes der PLO verstärkte vor allem ab 1975 die reaktionäre bourgeoise Oberschicht mittels ihrer bewaffneten Einheiten⁵⁵⁾ ihre Aktivitäten gegen die PLO, wobei sie nicht davor zurückscheute, eng mit der israelischen Armee zu kooperieren. Ziel sowohl der libanesischen Reaktion als auch Israels – und das entsprach auch den Interessen der USA – war es, den bewaffneten Kräften der PLO einen entscheidenden Schlag zu versetzen, um die Macht der reaktionären Kräfte im ganzen Libanon zu festigen und die palästinensische militärische Präsenz letztlich ganz zu beseitigen. Aber die fortschrittlichen Kräfte des Landes⁵⁶⁾, die eng mit der PLO kooperierten, konnten das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten ändern, zumal sich die libanesischen Armee in den Zusammenstößen mit den bewaffneten Einheiten der PLO schnell zersetzte. Die Organe des libanesischen Staates waren nicht mehr fähig, die Situation unter ihre Kontrolle zu bringen. In dieser Situation griff die syrische Armee nach Absprache mit allen politischen Kräften des Landes ein. Es wurden auch bestimmte Veränderungen am konfessionellen System zugunsten des mohammedanischen Teiles der Bevölkerung vorgenommen. Dennoch komplizierte sich die Lage, insbesondere nachdem es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen syrischer Armee und bewaffneten Einheiten der PLO gekommen war. 1977 konnten jedoch neue Vereinbarungen abgeschlossen werden,

53) Die sogenannten Kairoer Abkommen.

54) Emmanuel Jarry, a.a.O..

55) Es handelt sich um die Falangisten der Kataeb-Partei und die Miliz der Nationalliberalen Partei.

56) Im wesentlichen die Sozialistische Fortschrittspartei, die Libanesischen Kommunistische Partei, verschiedene nasseristische Gruppierungen und andere Organisationen.

die die Anwesenheit syrischer Truppen im Libanon und ihr Verhältnis zur PLO regelten⁵⁷⁾.

Die Stabilisierung der Lage im Libanon und die Stärkung der Positionen der PLO, insbesondere im Südlibanon, widersprach den israelischen Interessen. Die Absicherung der Westflanke durch das sich abzeichnende Arrangement mit Ägypten ausnutzend unternahm Israel schon im März 1978 seine erste große Invasion in den Libanon. Israelische Truppen drangen mehr als 20 km tief in das Land ein. Als sich die israelische Armee im Juni zurückzieht, hat sie sich eine Sicherheitszone geschaffen, die ihrem Strohmann Hadad unterstellt wird. Nur in einem kleinen Streifen gelingt es, ein Truppenkontingent der Vereinten Nationen zu stationieren⁵⁸⁾.

Die am 6. Juni dieses Jahres beginnende Aggression verfolgt einerseits diese Kontinuitätslinie, andererseits steigert sie sich immer mehr in die logische Eskalation nicht nur der Beseitigung der politischen Zentren der PLO und ihrer bewaffneten Einheiten im Libanon, sondern eines Krieges gegen die palästinensische und Teile der libanesischen Zivilbevölkerung. Die jeder Norm des Völkerrechtes widersprechende Kriegsführung der israelischen Armee, die sowohl, was die militärische Strategie, als auch, was den Waffeneinsatz anlangt, auf Vernichtung oder Vertreibung beträchtlicher Teile der Zivilbevölkerung ausgerichtet ist⁵⁹⁾, kann hier nicht im einzelnen dargestellt werden. Die Massenmedien liefern jeden Tag erneut erschreckende Details zur Bestätigung dieser These.

Dies ist kein Zufall, keine nicht gewollte militärische Zwangsläufigkeit, die aus dem Verhalten der bewaffneten Einheiten der PLO resultiert. So ist immer wieder das Argument zu hören, die palästinensischen Freischärler „versteckten“ sich hinter bzw. in der Zivilbevölkerung und ließen daher gar keine andere Kriegsführung zu⁶⁰⁾. Dies allein sei der Grund für die Überschreitung des eigentlichen Kriegsziels, nämlich der Schaffung eines 40 km breiten Sicherheitsstreifens im Südlibanon⁶¹⁾. Vielmehr ist die „Befriedung“ des gesamten Libanon eine offen verkündete und angestrebte Strategie, die sich aus der Verweigerung der Zuerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes – vertraglich vereinbart in Camp David – mit logischer Unerbittlichkeit ergibt.

57) Zunächst der Abschluß des Chtaura-Abkommens über die palästinensische Präsenz im September und dann im Oktober 1977 bei der Gipfelkonferenz der Arabischen Liga der Beschluß über die „Stationierung Arabischer Sicherheitskräfte“ im Libanon.

58) Die sog. UNIFIL (Interimstruppe der UNO für den Südlibanon), aufgestellt durch Sicherheitsratsbeschluß vom 19. März 1978 (Resolution 425), seitdem wurde das Mandat immer wieder verlängert.

59) Vgl. „Final Conclusions“ der International Commission of Inquiry into Israeli crimes against the Lebanese and Palestinian Peoples vom 18. August 1982 (Sitzung in Nicosia).

60) So auch die Argumentation des Vorsitzenden der oppositionellen Arbeiterpartei Shimon Peres in einem Interview in „Le Monde“ v. 18. 8. 1982.

61) So neben Peres a.a.O. auch der frühere Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Nahum Goldmann, Interview in: „Der Spiegel“ v. 23. 8. 1982.

5. Die unmittelbare Verantwortung der USA

Die erbarmungslose Härte der Kriegsführung Israels hat Diskussionen über den Grad der Unabhängigkeit der israelischen Politik, der Autonomie gegenüber den spezifischen Interessen einer Pax Americana im Nahen Osten, aufkommen lassen⁶²⁾. Richtig an diesen Überlegungen ist die Tatsache, daß Israel durch die rücksichtslose Entwicklung seiner militärtechnologischen Fähigkeiten und Rüstungskapazitäten sowie durch den Ausfall des Iran als „Polizist“ am Golf als solider Verbündeter der USA in dieser Region eine Aufwertung erhalten hat. In den USA wurde die Erweiterung der israelischen Handlungsfreiheit schon 1979 mit dem Argument unterstützt, daß „Israel in einem Krieg gegen eine beliebige Kombination arabischer Länder mit oder ohne Ägypten siegen könnte“⁶³⁾. Zu fragen bleibt allerdings, inwieweit sich diese Selbständigkeit gegebenenfalls auch inhaltlich gegenüber den US-amerikanischen Zielen in der Region abhebt, oder ob sie nicht evtl. der strategischen Konzeption Washingtons weitgehend entspricht.

Ist der Handlungsspielraum Begin so groß, „daß er gegen den Willen der USA mit einem Blitzkrieg die arabischen Nachbarstaaten vor neue ‚vollendete Tatsachen‘ zu stellen vermag“ und damit einen „Bruch mit der Pax Americana im Nahen Osten provoziert“?⁶⁴⁾ Diese Einschätzung mochte 1977 noch ihre Richtigkeit haben, als die amerikanische Offerte in Richtung einer Genfer Lösung gerade gemacht war. Camp David jedoch offenbarte bereits den Gleichklang amerikanischer und israelischer Strategie.

Die Verträge hielten Begin den Rücken nach Ägypten frei, um seine Arrondierungspolitik im Innern wie nach Norden und Osten in Angriff zu nehmen. Schon der erste Libanon-Krieg im März 1978 galt der Liquidierung eines möglichst großen Teils der PLO-Kämpfer und war mit Washington abgesprochen worden⁶⁵⁾. Und trotz verbaler Meinungsverschiedenheiten hält sich auch der zweite, viel grausamere Libanon-Krieg ganz im neuen Rahmen der härteren Variante der Pax Americana. Zwischen der Forderung Weinbergers, die militärischen Kapazitäten zu steigern, um „unsere Interessen in Kriegen jeder Form und Größe und in jeder Region, in der wir vitale Interessen haben, verteidigen zu können“⁶⁶⁾ und Begin's Vernichtungsfeldzug besteht wahrlich keine inhaltliche Differenz.

Man kann davon ausgehen, daß der Reagan-Administration ein anderer Weg der Ausschaltung der PLO und „Stabilisierung“ des Libanon willkommener gewesen wäre, aber es gibt keinen Hinweis darauf, daß sie den Begin'schen Weg zu verhindern versucht hätte. Im Gegenteil, am 16. Juli 1982 erklärte Verteidigungsminister Sharon ganz offen: „Während meines letzten Besu-

62) Vgl. W. Hollstein, *Kein Friede um Israel*, a.a.O., S. 321; A. Bator, a.a.O., S. 78 ff., 82..

63) „Foreign Policy“, New York, zit. nach A. Bator, a.a.O., S. 82.

64) So W. Hollstein a.a.O., S. 323.

65) Kurz vorher hatte Verteidigungsminister Weizmann die Carter-Administration persönlich informiert, vgl. „Die Zeit“ v. 14. 4. 1978. Abu Iyad hat in einem Interview Einzelheiten eines israelisch-amerikanischen Dokuments zur Vorbereitung des Krieges bekanntgegeben, vgl. W. Brönnert a.a.O., S. 239.

66) Zit. nach M. T. Klare, *Jederzeit, überall, mit allen Waffen* . . . , a.a.O. S. 537.

ches in den Vereinigten Staaten (Mai 1982, d. Verf.) habe ich vor allem über das Problem des palästinensischen Terrorismus gesprochen und die Amerikaner haben verstanden, daß wir keine andere Wahl haben, als zuzuschlagen“⁶⁷⁾. Alle wechselseitige Kritik ist letztlich nur taktischer Natur, dies haben die USA im Sicherheitsrat durch ihr Veto bewiesen.

In seiner jüngsten Nahost-Initiative spricht Reagan zwar davon, daß „alle jene an ihm beteiligt werden (müssen), die von dem Konflikt am härtesten betroffen wurden“⁶⁸⁾, aber Grundlage sollen nach wie vor die Camp David-Abkommen sein - eine sichere Garantie dafür, daß die PLO als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes nicht beteiligt wird. Er spricht zwar von den „legitimen Rechten der Palästinenser“ und der „vollen Autonomie“ der Bewohner der Westbank und des Gaza-Streifens, ihm ist jedoch „klar, daß der Frieden nicht durch die Bildung eines unabhängigen palästinensischen Staates in jenen Gebieten erreicht werden kann“. Diese Erklärung bleibt hinter der amerikanisch-sowjetischen Nahost-Erklärung von 1977⁶⁹⁾ weit zurück. Sie knüpft vielmehr an den Plan Brzezinskis an, in einzelnen separaten Schritten die Nachbarstaaten durch Vertrag oder Krieg an Israel zu binden. Nach Ägypten nun der Libanon – dann Syrien und Jordanien. Die Souveränität dieser Staaten ist im höchsten Maße bedroht. Die Verantwortung für die ganze Skala der Kriegsverbrechen, der Verbrechen gegen den Frieden und gegen die Menschlichkeit im Sinne der Nürnberger Grundsätze trifft daher mit voller Wucht nicht nur die israelischen Politiker, sondern ebenso die Verantwortlichen der amerikanischen Administration wie auch ihrer westeuropäischen Verbündeten, die sich jetzt erst langsam entschiedener von diesem Irrweg absetzen.

IV. Welche Perspektiven?

Die zahlreichen Lösungsentwürfe für den Palästina-Konflikt⁷⁰⁾ lassen sich trotz aller Varianten auf jeweils zwei Alternativen zurückführen. Bezüglich des Weges der Verhandlungslösung steht den Separatabkommen à la Camp David die Alternative einer internationalen Friedenskonferenz unter Teilnahme aller betroffenen Parteien einschließlich der PLO und der Sowjetunion ähnlich der Genfer Nahost-Friedenskonferenz vom Dezember 1973/Januar 1974 gegenüber. Die Vorstellungen über den Inhalt einer Friedenslösung scheiden sich an der Errichtung eines palästinensisch-arabischen Staates entsprechend der Teilungsresolution 181 (II) der UNO von 1947, was von Israel und den USA strikt abgelehnt wird.

67) A. Kapeliouk, La Liquidation de l'obstacle palestinienne, in: „Le Monde Diplomatique“, Juli 1982, S. 1; I. Lübben-Pistofidis, Grünes Licht für Israels nächsten Angriff?, in: „Antimperialistisches Informationsbulletin“ (AIB), 5/1982, S. 39 f..

68) Rede des US-Präsidenten Reagan in der Nacht v. 2. 9. 1982, auszugsweise in: „Frankfurter Rundschau“ v. 3. 9. 1982, S. 2.

69) Vgl. oben S. 9.

70) Vgl. Sune O. Persson, Von den Schwierigkeiten der Vermittlung in der Palästina-Frage, in: VN, 4/1981, S. 116 ff..

Die Sowjetunion hat auf der Basis ihrer Zustimmung zur Errichtung eines israelischen Staates immer das gleichberechtigte Existenzrecht der Palästinenser in einen souveränen Staat neben Israel vertreten und eine internationale Friedenskonferenz unter Beteiligung der PLO befürwortet. Außenminister Gromyko erklärte im übrigen 1979: „Der grundsätzliche Standpunkt der Sowjetunion in den Nahost-Angelegenheiten war und bleibt derselbe, wie er vor vielen Jahren formuliert worden ist, und zwar: Alle Gebiete, die Israel den Arabern geraubt hat, müssen zurückgegeben werden; das arabische Volk von Palästina muß die Möglichkeit erhalten, einen eigenen, wenn auch kleinen, selbständigen, unabhängigen Staat zu schaffen . . . Alle Länder dieses Raumes, darunter auch Israel – und hier kann es bei keinem auch nur den geringsten Zweifel geben –, müssen die Möglichkeit haben, im Nahen Osten als unabhängige, souveräne Staaten zu existieren und sich zu entwickeln“⁷¹⁾.

Während diese Haltung der Sowjetunion seit Jahren unverändert ist, hat die Diskussion in der UNO-Generalversammlung in den letzten Jahren eine bemerkenswerte Veränderung erfahren. War es für sie schon 1974 klar, daß die PLO gleichberechtigt an den Verhandlungen einer internationalen Friedenskonferenz teilnehmen müsse, und hatte sie 1979 jede Separatlösung nach dem Vorbild von Camp David verworfen⁷²⁾, so sah sie dennoch als Grundlage der Verhandlungen die Resolution 242 des Sicherheitsrates an, die jedoch die Palästinenser lediglich als Flüchtlingsproblem erwähnte. Zum ersten Mal bezog sich die 35. Generalversammlung in ihrer Resolution 169 A vom 15. Dezember 1980 wieder auf die Teilungsresolution 181 (II) der Generalversammlung vom 29. November 1947, da „die Resolution 242 des Sicherheitsrats vom 22. 11. 1967 keine Vorsorge für die Zukunft und für die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes trifft, deren Verwirklichung eine unerläßliche Voraussetzung für eine gerechte Lösung der Palästina-Frage darstellt“⁷³⁾. Diese Neuerung ist von erheblicher Bedeutung, da sie nicht nur auf den Rückzug der Israelis aus allen im Jahre 1967 eroberten Gebieten zielt und auf das Recht der Palästinenser auf die Gründung eines souveränen Staates in Palästina hinweist, sondern darüber hinaus die seit langem durch die Annektionspolitik verschüttete Frage wieder aufwirft, in welchen Grenzen Israels Existenzrecht legitimerweise garantiert ist. Denn die Grenzen, die sich Israel durch den ersten Krieg 1948/49 zulegte, sind nicht die, die ihm die UNO mit der Teilungsresolution zuerkannt hatte⁷⁴⁾. Unter Berücksichtigung dieser Resolution kann nicht mehr unbedingt „das Recht des Staates Israel zur Existenz

71) „Neues Deutschland“ v. 26. 6. 1979, zit. nach A. Bator, a.a.O., S. 81; vgl. ausführlicher in: „Deutsche Außenpolitik“, 12/1976; auch der jüngste 6 Punkte-Plan Breschnews v. 16. 9. 1982 bewegt sich auf dieser Position.

72) Vgl. oben.

73) Die Resolution wurde mit 103 gegen 13 Stimmen bei 30 Enthaltungen angenommen, vgl. zur Entstehungsgeschichte F. Büttner, VN, 4/1981, S. 130. Schon 1975 hatte die 30. Generalversammlung „eine umfassende Regelung“ gefordert, „die unter Mitwirkung aller beteiligten Parteien, einschließlich der PLO, im Rahmen der Vereinten Nationen ausgearbeitet ist und sowohl den vollständigen Abzug Israels aus sämtlichen besetzten arabischen Gebieten als auch die volle Anerkennung der unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes und die Verwirklichung dieser Rechte gewährleistet“, ohne allerdings ausdrücklich auf die Teilungsresolution 181 (II) Bezug zu nehmen. Res. 3414 (XXX) vom 5. 12. 1975.

74) Vgl. Teil I in: „Blätter“, 9/1982.

innerhalb der Waffenstillstandslinien von 1949, d. h. auf etwa 77 v. H. der Fläche von Palästina“ als „Konsens der Weltorganisation“ betrachtet werden⁷⁵⁾.

Diese neu definierte Position war bisher so nur von der „Arabischen Front der Standhaftigkeit und Konfrontation“ vertreten worden, die Anfang Dezember 1977 in Tripolis von Algerien, Libyen, der PLO, Südjemen und Syrien gebildet worden war. Auf ihrer 3. Gipfelkonferenz in Damaskus im September 1978 verurteilten sie das Camp David-Abkommen als völkerrechtswidrig und forderten den Rückzug aus allen besetzten Gebieten sowie das Recht der Palästinenser auf einen unabhängigen nationalen Staat⁷⁶⁾. Die PLO hat diese Haltung erst kürzlich unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Teilungsresolution 181 (II) bestätigt⁷⁷⁾.

Daraus ergibt sich logisch die Anerkennung des Existenzrechts Israels in Palästina, was Yassir Arafat mehrfach bestätigt hat⁷⁸⁾. Obwohl die Anerkennungsfrage von Israel immer wieder zum entscheidenden Argument einer vermeintlichen Existenzbedrohung gemacht wird, hat sie mehr Propaganda-Wert denn Realitätsgehalt. Einerseits hat Begin wiederholt erklärt, daß auch eine offizielle Anerkennung Israels durch die PLO ihn nie zur Anerkennung der PLO oder eines palästinensischen Staates veranlassen würde. Andererseits beinhaltet auch der jüngste Friedensplan der Arabischen Liga, die sogenannte Charta von Fes von Anfang September 1982, die Anerkennung Israels in den Grenzen vor 1967⁷⁹⁾. Dieser Plan ist weitgehend identisch mit dem 8-Punkte-Plan des Prinzen Fahd, er geht aber weiter, indem er die PLO ausdrücklich als einzige legitime Vertretung der Palästinenser in den Friedensprozeß mit einbezieht (Punkt 4) und eine Garantie des Sicherheitsrates, also auch eine Beteiligung der Sowjetunion (Punkt 8), vorsieht⁸⁰⁾.

War der Fahd-Plan schon als mögliche Verhandlungsgrundlage von der PLO angesehen worden, so dokumentiert die Einigung aller Staaten der Arabischen Liga (außer Libyen und Ägypten) und der PLO auf eine gemeinsame Plattform eine bisher zwischen der Standhaftigkeitsfront und den „westlichen“ arabischen Ländern nicht vorhandene gemeinsame Linie, die weitgehend der Resolutionspraxis der UNO entspricht. Damit ist allerdings die Feststellung Abu Iyads noch nicht widerlegt: „Alle in Palästina entstandenen Resolutionen sind in arabischen Hauptstädten gescheitert“⁸¹⁾. Aber die interna-

75) So aber Sune O. Persson a.a.O., S. 120.

76) Vgl. W. Brönnner a.a.O., S. 262.

77) Punkt 3 der PLO-Erklärung vom 21. 7. 1982 lautet: „Die PLO hat bei vielen Gelegenheiten ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, den UN-Resolutionen Folge zu leisten. Diese Resolutionen schließen auch die Resolution 181 vom November 1947 ein, die die Bildung eines arabischen Staates in Palästina verlangt und die Res. 194 der Vollversammlung der UN vom Dezember 1948, in der gefordert wird, daß den palästinensischen Flüchtlingen die Rückkehr in ihre Häuser erlaubt wird, so sie das wünschen, und ferner die Res. 3236 vom Nov. 1974, in der die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Rückkehr in die Heimat anerkannt werden.“ Wafa, Beirut, v. 21. 7. 1982, zit. nach: AIB, 9/1982, S. 11.

78) Zuletzt in seinem Interview mit „Le Monde“ v. 10. 8. 1982; vgl. auch Abu Iyad a.a.O., S. 313.

79) „Frankfurter Rundschau“ v. 11. 9. 1982. Jüngste Äußerungen, wie die des syrischen Informationsministers Iskandar, der Friedensplan enthalte keine Anerkennung Israels, FAZ v. 15. 9. 1982, stehen ganz offensichtlich im Widerspruch zu den beschlossenen 8 Punkten.

80) Wortlaut in AIB, 5/1982.

81) Abu Iyad, Heimat oder Tod a.a.O., S. 16.

tionale Isolierung Israels und der USA, vor allem die ihrer Selbstverwaltungspläne à la Camp David, hat zugenommen. Auch die europäischen Staaten der EG, die sich in ihrer Erklärung von Venedig vom Sommer 1980 zwar noch zögernd, aber unverkennbar von der US-amerikanischen Linie abgesetzt haben, werden weiter auf die arabische Haltung zukommen müssen – ihre Abhängigkeit vom arabischen Öl ist erheblich größer als die der USA⁸²). Nach dem letzten Überfall auf den Libanon ist deutlicher geworden, daß das Modell Camp David nur den Weg des israelischen Militärs, d. h. der Aggression und des Völkermordes, bereitet, nicht aber den einer Verhandlungslösung.

Die PLO ist, betrachtet man ihre Ausgangsbedingungen nach dem Krieg von 1967 und den verlustreichen Weg ihrer politischen Anerkennung, politisch einen weiteren Schritt vorangekommen. Trotz mancher Kompromisse wird keiner ihr den Verzicht auf das langfristige Ziel eines säkularisierten, demokratischen Staates in Palästina, in dem Juden, Araber und Christen miteinander leben, abverlangen können⁸³). Dieses Projekt wird zunächst auf der friedlichen Koexistenz eines israelischen und eines arabischen Staates aufbauen müssen⁸⁴), und es wird an der Überwindung des politischen Zionismus liegen, inwieweit es sich nur um eine Etappe des Übergangs handelt. In den Worten Abu Iyads, des stellvertretenden Chefs der PLO: „Sollte jemals die Vernunft über den territorialen Expansionismus der israelischen Extremisten siegen und der Frieden eintreten – ein gerechter Frieden und nicht der von Camp David –, so wäre es nur natürlich, daß die Grenzen zwischen Israel und seinen Nachbarn geöffnet würden . . . Unserem Ideal – oder, um mit Arafat zu sprechen: Unserem Traum – bleiben wir treu: Der Wiedervereinigung Palästinas in einem nicht konfessionell gebundenen, demokratischen Staat, in dem Juden, Christen und Moslems, die in diesem Boden verwurzelt sind, friedlich zusammenleben“⁸⁵).

Schließlich ist auf eine notwendige Konsequenz angesichts der Härte und des Terrors, die von Israel ausgehen, hinzuweisen: Bis zur Realisierung der ersten Etappe eines eigenen palästinensischen Staates wird die PLO nicht auf den bewaffneten Kampf verzichten können, der als legitimes Mittel zur Erreichung von Unabhängigkeit, nationaler Einheit und Beendigung fremder Besetzung von der UNO anerkannt ist⁸⁶).

82) Auch die komplexe inner-israelische Entwicklung, auf die hier nicht ausführlicher eingegangen werden konnte, hat mit der Bewegung Peace Now, dem Israel-Komitee für einen gerechten Frieden um Uri Avneri und die Demokratische Front für Frieden und Gleichheit (Chadasch, ein Bündnis aus kommunistischer Partei, den Black Panthers und unabhängigen Gruppierungen) eine Opposition hervorgebracht, die – zumindest was die Chadasch angeht – die Forderungen der PLO unterstützt, vgl. G. Toubi, Israelis für die Sache der Palästinenser, in: AIB 7-8/1980, S. 34 f.; vgl. a. Hans Lebrecht, Die Palästinenser. Geschichte und Gegenwart, Frankfurt/M. 1982, S. 245 ff. Das Buch erschien nach Fertigstellung dieser Studie.

83) Vgl. Said Hammami, Une stratégie palestinienne de coexistence, in: „Eurabia“ (Paris), 1/1975; Said Hammami, Mosche Machover, Gemeinsam leben, „Khamsin“ (Paris) 3/1976, deutsch in: „J. Bunzl, Klasse, Nation und Befreiung im Nahost-Konflikt, Hamburg 1980, S. 150 ff.; Walid Khalidi, Die Araber werden kein israelisches Imperium akzeptieren, in: M. Lüders, PLO, Hannover 1982, S. 134 ff..

84) Vgl. Abu Iyad, Heimat oder Tod, S. 312.

85) Abu Iyad, a.a.O., S. 314.

86) Res. 34/44 v. 23. 11. 1979, vgl. oben Teil I, „Blätter“ 9/1982.

Israel und die USA haben sich offensichtlich verkalkuliert. Sie haben vor allem die Widerstandskraft des palästinensischen Volkes unterschätzt. Nicht irgendwelche Freischärler, die sich hinter und in der Zivilbevölkerung verschanzen – so immer noch in nicht zu überbietender Borniertheit ein Teil auch unserer Massenmedien –, sondern eine intakte, kampffähige Armee zog aus West-Beirut ab. Sie folgt den Entscheidungen ihrer politischen Führung, weil dies ihr eigener Wille ist. Die Kombination militärischer, politischer und diplomatischer Mittel kann nur eine demokratische, mit dem Volk verbundene Armee begreifen und verwirklichen. Wer denkt hier nicht an den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes?

Das Ansehen der PLO ist in den arabischen Ländern, und nicht nur dort, so sehr gewachsen, daß die einem geeinten Vorgehen der arabischen Staaten entgegenstehenden Faktoren, von den USA sorgsam gefördert, nicht zum Zuge kamen. Alles schien für die USA zu arbeiten, als der letzte arabische Gipfel platzte. Um so erstaunlicher ist das Zustandekommen des Planes von Fes, der in den entscheidenden Kernpunkten dem Reagan-Plan diametral entgegensteht. Erstaunlich allerdings nur für den, der sein Gesichtsfeld auf die Effektivität moderner Waffen eingeschränkt hat und daher die Effektivität des Volkswillens übersieht oder glaubt durch Genozid beseitigen zu können. Der Stellvertreter-Politik sind Grenzen gesetzt. Das zeigt auch die wachsende Opposition in Israel. Ob die 400 000 Demonstranten (bei 4 Millionen Einwohnern eine gewichtige Zahl!) der letzten Septemberwoche in Tel Aviv sich mit der Auswechslung des Verteidigungsministers und der Einsetzung einer Untersuchungskommission zufrieden geben werden? Das Abbröckeln der ehemals so mächtigen zionistischen Kräfte in der Höhle des Löwen, den USA, wie überhaupt die wachsende Opposition in diesem Lande sind ebenfalls Faktoren, mit denen die Reagan-Administration nicht rechnete, als sie Begin grünes Licht für sein Libanon-Abenteuer gab⁸⁷⁾.

Dennoch, der Mut der Palästinenser, der diese tiefgreifenden Wandlungen bewirkte, die Leiden des palästinensischen und libanesischen Volkes, genügen noch nicht, um Washington und Tel Aviv vom Kurs des militärischen Abenteuers abzubringen. Das okkupierte libanesisches Territorium soll als Aufmarschgebiet für weitere Operationen im Nordlibanon und in Syrien dienen. Es bedarf des Willens zur gemeinsamen Aktion aller fortschrittlichen Kräfte in der Welt mehr denn je. Dieser Wille erwächst aus dem Bewußtsein, daß die Kräfte und Interessen, die das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes mit Füßen treten, dieselben sind, die durch Stationierung neuer Raketenysteme in Westeuropa und anderen Regionen der Welt, z. B. am „weichen Unterleib“ der Sowjetunion im Indischen Ozean, die militärstrategische Parität aus den Angeln heben oder, in ihrer Sprache ausgedrückt, „dem sowjetischen Huhn den Kopf abschneiden“ wollen⁸⁸⁾. Einem im globa-

87) Obwohl das Abbröckeln immer noch mehr verbaler Natur ist, vgl. Sabine Lietzmann, FAZ v. 28. 9. 1982, S. 12.

88) So der amerikanische Stratege Colin S. Gray, vgl. „Blätter“, 9/1982. S. 1141.

len Rahmen agierenden Gegner kann wirksam letztlich nur in einer die nationalen Grenzen und Sichtweisen überschreitenden solidarischen Aktion aller für Frieden, nationale Befreiung und soziale Gerechtigkeit kämpfenden Kräfte Einhaltung geboten werden. Für uns in der Bundesrepublik bedeutet dies ganz konkret, die Forderung an die Bundesregierung, die PLO als einzige und legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anzuerkennen und den Plan von Fes als Grundlage einer Lösung des Nahostproblems mit allen politischen und diplomatischen Mitteln zu unterstützen.

Der Fall Jünger und die „Wende“

Gegen den Einspruch der Öffentlichkeit und in Frankfurt selbst gegen den Protest der Stadtverordnetenfraktionen der Grünen und der SPD (vgl. Dokumentation in: „Blätter“, 9/1982, S. 1143 ff.) ist Ernst Jünger programmgemäß der Goethepreis überreicht worden. Wie sollte auch ein Schriftsteller der Krise, möchte man sarkastisch fragen, nicht „zeitgemäß“ sein in einer Periode globaler und gesellschaftlicher (und nicht nur wirtschaftlicher) Krisenerscheinungen, in einer Situation, da sich dem verunsicherten Gemüt die Formen rationaler und parlamentarischer Konfliktaustragung durch Diskussion, Verhandlung und Kompromiß als ungeeignet zu erweisen scheinen, in einem Moment obendrein, wo das Gespenst der „Unregierbarkeit“ an die Wand gemalt wird. Da wird wieder in den Kategorien des „Ernstfalls“ gedacht, und der neue CDU-Bundeskanzler kommt solchen Gedankengängen nahe, wenn er die kommende Regierungsperiode vor allem als „geistig-moralische Herausforderung“ wertet. Wer könnte da besser assistieren als ein konservativer Schriftsteller von sprichwörtlichem „Rang“, der sich in den endzwanziger Jahren so engagiert für die „totale Mobilmachung“ von Arbeit, Geist und Militär eingesetzt hatte ... – Aber greift diese, allein den politischen Effekt der Inszenierung der diesjährigen Goethepreisverleihung betreffende Sicht nicht zu kurz? Kann der Schriftsteller Ernst Jünger damit abgetan werden? Frank Benseler geht in der folgenden Skizze auf literarische und literatursoziologische Aspekte von Jüngers Werk ein. Hans Heinz Holz und Walter Boehlich setzen sich in den nachfolgenden Beiträgen von einer isolierenden Betrachtung des Literaten Jünger ab. Sie fragen, ob die Faszination, die Jünger (wieder) auf manche Zeitgenossen (etwa Botho Strauß) ausübt, nicht angesichts der politischen Dimension des Falls Jünger und der fragwürdigen Inhalte, die der „kristalline“ Stil transportiert, verhängnisvoll ist: Es geht „nur nebenbei um Jünger, in der Hauptsache aber um die demokratische Politik in diesem Land.“ D. Red.